



Die Zaren im Weißen Haus

Der innere Kreis um Barack Obama

Bernhard Jung

Seit den Kongresswahlen Anfang November 2014 muss US-Präsident Obama mit einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses klarkommen. Ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus ist mit 243 von 435 Sitzen so groß wie seit Harry S. Trumans Zeiten nicht mehr. Im Senat eroberten sie eine knappe Mehrheit mit 52 von 100 Sitzen. Wer wird jetzt eigentlich das Land regieren?

Im Oval Office wird's ungemütlich

Derartige Verhältnisse sind in den Vereinigten Staaten im Grunde nichts Ungewöhnliches. Sechs Jahre lang war Bill Clinton mit ähnlichen Verhältnissen konfrontiert, ebenso George W. Bush in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit. Doch heute ist die Situation anders. Die politischen Lager scheinen einander unversöhnlicher

gegenüberzustehen als je zuvor. Die Republikaner sind weit nach rechts abgedriftet. In vielen Politikbereichen – Gesundheitsreform, Umweltpolitik, Einwanderungsgesetze, Schusswaffengebrauch, extrem wirtschaftsfreundlicher Liberalismus – wollen sie das Rad der Zeit in den USA am liebsten um Jahrzehnte zurückdrehen.

Doch das Problem liegt tiefer, als es das Wahlergebnis aus-

Großes Bild: Präsident Obama mit einigen seiner „Zaren“. Von links nach rechts: Steve Ricchetti; Denis McDonough; Neil Egleston; Jennifer Palmieri; Dan Pfeiffer; Anita Decker Breckenridge; Josh Earnest; Valerie Jarrett; Katie Beirne Fallon; Kristie Canegallo, Cecilia Muñoz



drückt. Der Präsident ist in der gesamten Bevölkerung unbeliebt. Mehr als 60% der Wähler in den USA sind mit seiner Amtsführung unzufrieden, vor allem mit seiner Wirtschafts- und Außenpolitik. Da sitzt der Präsident zwischen sämtlichen Stühlen. Einerseits vergrätzt er konservative Wähler mit Entschlusslosigkeit, was zuweilen an das Ende der Amtszeit Jimmy Carters erinnert (so äußerte Obama in der Frage der militanten Islamisten in Syrien und dem Irak anfangs öffentlich, „keine Strategien“ zu haben). Auf der anderen Seite nehmen ihm seine liberalen Wähler übel, dass der Friedensnobelpreisträger mit seinen Drohnen den Krieg nur weniger sichtbar gemacht hat.

Die politische Stellung des Präsidenten bleibt dennoch unangefochten, auch wenn er jetzt endgültig zur „lame duck“ (lahmen Ente) geworden ist, die bei jeder Entscheidung auf Kompromisse mit dem gegnerischen Kongress angewiesen ist. Doch auch der Kongress kann nicht wie er will. Jedes Gesetz, das die Republikaner durchpeitschen, kann vom Präsidenten durch sein Veto zu Fall gebracht werden. Was wirklich droht, sind zwei Jahre Politikblockade in Washington. Im Grunde hat der Präsidentschaftswahlkampf 2016 jetzt bereits begonnen.

Mr. President wird nervös

Deutlich wurde dies, als Barack Obama kurz nach den Wahlen seinen Vize und führende Vertreter des Kongresses zum Lunch ins Weiße Haus einlud, um die Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit auszuloten. Dort zeigte sich, wie angespannt die politische Lage in Washington in Wahrheit ist. Als der republikanische Mehrheitsführer John Boehner in der Frage nach der Einwanderungspolitik mit seiner Antwort zögerte und Vizepräsident Biden nachfragte, wie viel Zeit die Opposition zur Klärung dieser Frage benötigen würde, verlor Obama – ganz entgegen seiner sonstigen Natur – völlig die Contenance und schnitt seinem Vize barsch das Wort ab.

Doch egal, wie schnell oder langsam Präsident und Kongress sich einigen – die Politik in Washington läuft weiter mit der Präzision eines Uhrwerks. Das hat vor allem den Grund, dass die wirklichen Entscheidungsträger in den USA überhaupt nicht demokratisch legitimiert zu sein brauchen, da sie sich nie einer Wahl stellen müssen. Es geht um den eigentlichen, inneren Kreis der Macht, den man in Washington umgangssprachlich „die Zaren“ nennt – Barack Obamas Küchenkabinett. Die machen weiter, ohne sich um irgendwelche Wahlen zu scheren.

Mit dem eigentlichen Kabinett, also den Ministern des Präsidenten, hat das Ganze nur wenig zu tun. Minister haben in den USA nur eine sehr stark begrenzte Kompetenz, weswegen man sie auch nur „Staatssekretäre“ nennt. Alle wichtigen Entscheidungen werden im Weißen Haus getroffen.

Zwar ist der Präsident durch das Gesetz gezwungen, nach seiner Wahl 15 Staatssekretäre zu nominieren. Gleichzeitig hat er aber das Recht, so viele persönliche Berater um sich zu scharen, wie es ihm beliebt. Welche Kompetenzen er denen zuweist, steht ebenfalls völlig in seinem Ermessen. Auf diese Berater stützt sich der Präsident, während die Minister die Entscheidungen dieses inneren Kreises der Macht meist nur umsetzen.

Der republikanische Senator John McCain sagte einmal: „*Amerika hat heute mehr Zaren als die Romanow-Dynastie, die Russland drei Jahrhunderte lang regierte.*“ Obama hat sage und schreibe 44 Berater, Bevollmächtigte, Koordinatoren, Direktoren, Administratoren und Gesandte. Den Titel „Zar“ gibt man in Washington aber nur den 35 einflussreichsten Funktionsträgern. Sie handeln vollkommen außerhalb der verfassungsmäßigen Regierungsstrukturen, sind u. a. verantwortlich für Familienpolitik, Wirtschaftskrise, Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, Umweltpolitik, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Bekannte Politikgrößen Washingtons wie Außenminister John Kerry oder Verteidigungsminister Chuck Hagel haben zu diesen Zirkeln des Weißen Hauses überhaupt keinen Zugang!

„Ryanstone“ Kerry

John Kerry hat dieser Tatsache den Spitznamen „Ryanstone“ zu verdanken. Dies ist der Name der von Sandra Bullock verkörperten Filmfigur einer Astronautin aus dem Film „Gravity“. Sie levitierte frei im kosmischen Vakuum, während Kerry ähnlich haltlos im politischen Vakuum herumschwebt. Trifft er eigene Entscheidungen, werden diese später vom Weißen Haus annulliert, weil er nicht die Entscheidungen kennt, die dort längst getroffen worden sind.

Es soll nicht der falsche Eindruck entstehen, dieses „Zaren“-System mit den politischen Beratern des Präsidenten sei eine Erfindung des jetzigen Amtsinhabers. Seit Jahrzehnten haben sich persönliche Berater von US-Präsidenten weit aus markanter ihre Plätze in den Geschichtsbüchern gesichert als die offiziellen Minister. Beispiele sind etwa Henry Kissinger (Sicherheitsberater von Richard Nixon) oder Zbigniew Brzezinski (der den